

Antrag zur Vorlage 3432 im Hinblick auf die 2. Lesung LBBG zum § 22 Abs. 2 und 3 von Kantonsrat Philip C. Brunner, SVP

Zu §22, Abs. 2 und Abs. 3

² Bei ambulanten Leistungen muss die Person zusätzlich ihren zivilrechtlichen Wohnsitz seit mindestens 12 Monaten im Kanton Zug gehabt haben und es darf in dieser Zeit kein anderer Kanton nach Massgabe der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) [BGS 861.52] zuständig gewesen sein. Der Regierungsrat kann Abweichungen von der Wohnsitzdauer vorsehen.

² In Ausnahmefällen kann eine Kostenübernahmegarantie auch dann erteilt werden, wenn die Person die Volljährigkeit noch nicht erreicht hat.

- 18 -

[M09] Antrag des Regierungsrats vom 31. Mai 2022; Vorlage Nr. 3432.2 (Laufnummer 16976)	[M10K1] Antrag der vorberatenden Kommission Gesundheit und Soziales vom 9. November 2022; Vorlage Nr. 3432.3 (Laufnummer 17204)	Antrag der Staatswirtschaftskommission vom 5. April 2023; Vorlage Nr. 3432.4 (Laufnummer 17217)
	³ Bei ambulanten Leistungen muss die Person zusätzlich ihren zivilrechtlichen Wohnsitz seit mindestens 12 Monaten im Kanton Zug gehabt haben und es darf in dieser Zeit kein anderer Kanton nach Massgabe der Interkantonalen Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) [BGS 861.52] zuständig gewesen sein. Der Regierungsrat kann Abweichungen von der Wohnsitzdauer vorsehen.	

Antrag:

Ich beantrage auf die 2. Lesung des LBBG die **Streichung** der Abs. 2 und 3 gemäss Kommission in 1. Lesung und **Beibehaltung des ursprünglichen Vorschlages des Regierungsrates**.

Begründung:

Ich befürchte bei Annahme Abs. 2 gemäss Kommissionsantrag notorische Kompetenzdiskussionen zwischen der Direktion des Innern (DI) und der Direktion für Bildung und Kultur (DBK)

Grundsätzlich brauchen wir eine Ausnahmebestimmung für Personen, welche die obligatorische Schulzeit beendet haben. Für eine weitere Ausnahmebestimmung – wie sie nun vorliegt – hege ich Bedenken. Denn oftmals ist die Abgrenzung zur Direktion für Bildung und Kultur (DBK) nicht einfach. Welche Zuständigkeit fällt in wessen Bereich? Mit einer Ausnahmebestimmung für Schulkinder sind Konflikte fast schon vorprogrammiert. Man wird dazu neigen, vieles ins LBBG abzuschieben, und zwar auch Fälle, welche eigentlich vom Schulgesetz erfasst sein müssten. Ich plädiere deshalb dazu, für die ursprüngliche Version des §22.

Ich bitte höflich um Trakandierung bei der Behandlung des LBBG-Gesetzes. Danke